

rung verschiedenste präventive Maßnahmen ergriffen, u.a. wurde im Jahr 2001 die Healthy Aging Kampagne gestartet, die das öffentliche Bewusstsein des Problems stärken soll. Darüber hinaus gebe es Anstrengungen zur Verbesserung der physischen und psychosozialen Gesundheit bei den Älteren (XNA, 24.3.04).

Tatsächlich scheinen, wie verschiedene Studien von Wissenschaftlern der Hong Kong University gezeigt haben, eine entsprechende Erziehung und die Erhöhung des öffentlichen Bewusstseins sowie eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Ältere eine große Rolle bei der Bekämpfung des Phänomens zu spielen. Bei den Selbstmorden handele es sich um ein soziales Problem, das sich nicht von selbst heilen werde; vielfach würden Familienmitglieder entsprechende Andeutungen nicht ernst nehmen. In den meisten Fällen hätten die Opfer allerdings auch chronische Gesundheitsprobleme gehabt und wollten ihren Familien nicht länger zur Last fallen (Iris Chi u.a., „Elderly Suicides in Hong Kong“, Febr. 1997, www.sps.org.hk/sps_pub.htm).

Schon auf der ersten Regionalkonferenz zur geriatrischen Psychiatrie schlussfolgerte die Hongkonger Organisatorin Helen Chiu, dass im Unterschied zur VR China, wo die Selbstmorde bei Älteren ebenfalls extrem hoch sind und z.T. kulturell-moralisches Verständnis fänden, diese in Hongkong eher Ursachen haben, die mit westlichen Ländern zu vergleichen sind (www.ipa-online.org/ipaonline/v3/meetings/meetingreports/aprm_hongkong.asp). Depressionen und vorausgehende Versuche seien die größten Risikofaktoren, ergab auch eine neueste Studie (H.F.K. Chiu u.a., „Elderly suicide in Hong Kong – a case-controlled psychological autopsy study“, *Acta Psychiatrica Scandinavica*, 109 [April 2004] 4). 86% der Selbstmörder litten an psychischen Problemen, vor allem an Depressionen, 77% hatten innerhalb des letzten Monats vor der Tat einen Arzt aufgesucht und ein Drittel hatte bereits vorher Versuche zum Selbstmord unternommen. -gs-

29 Kritik an den Schulreformen

Am 19. März wurde in Hongkong zum ersten Mal eine Konferenz aller Schuldirektoren mit dem Thema „Breaking New Ground: Steering and Strategies“ abgehalten, die das Institute of Education – eine Einrichtung zur Lehrerausbildung – gemeinsam mit den Räten für die Grund- und Sekundarschulen ausrichtete. Neben dem Erfahrungsaustausch standen vor allem eine Bewertung des Standes der Bildungsreformen und Vorschläge zur Verbesserung der Schularbeit im Mittelpunkt (RMRB online, 20.3.04).

In seinen Begrüßungsworten vor den rund 1.000 Direktoren sprach der Präsident des Instituts Paul Morris bereits sehr kritisch eine Reihe von Besorgnissen an, u.a. die Befürchtung einer kommenden Krise angesichts der deutlichen zurückgehenden Attraktivität des Lehrerberufes. Verantwortlich dafür sei keine Einzelursache, sondern seien letztlich alle beteiligten Institutionen, die durch die Herabsetzung des Status und der Moral von Lehrern junge Leute davon abhielten, diesen Beruf zu ergreifen. In der Lehrerausbildung z.B. müsse man den Teufelskreis durchbrechen, dass niedrige Erwartungen an die künftigen Lehrkräfte zur Absenkung der Aufnahme Standards und damit letztlich wieder zu einem niedrigen Qualifikationsniveau führten. Direktoren selbst würden Berufssuchende von der Aufnahme der Lehrerausbildung abhalten, indem sie den niedrigen Status des Lehrers hervorheben. Aber auch die Rolle der Regierung sei zu kritisieren; sie würde die Lehrer, Direktoren und Schulen sowohl als Ursache als auch als Lösung der Probleme porträtieren. Danach seien Probleme wie die niedrigen Sprachfähigkeiten, große Klassen oder Selbstmorde von Schülern allein von der Kompetenz der einzelnen Lehrer abhängig. Dies geschehe, obwohl entsprechend Erfahrungen in anderen Ländern wie Australien, Großbritannien und Singapur dort bereits zu einer Umkehr und zu einem Paradigmenwechsel geführt hätten. In Hongkong bedürfe es dieses Wechsels im Grund gar nicht, man müsse sich nur auf die traditionellen konfuzianischen Werte besinnen (www.ied.edu.hk/cric/new/principalconference/papers/opening-pmorris.pdf).

Zum Abschluss der Konferenz wurden die „gemeinsamen Sorgen zur Bildungsreform“ der Teilnehmer in einer Liste zusammengefasst. In drei Abschnitten zum Lehrberuf, zum Bildungswesen und zur Bildungsreform sind die „Sorgen“ sowie „Aktionsvorschläge“ genannt. Gefordert wird eine größere Professionalisierung in der Leitung der Bildungsreform und speziell die Einrichtung eines „Education Reform Review Committee“ (www.ied.edu.hk/cric/new/principalconference/concern_eng.htm). -gs-

SVR Macau

30 Gesetz zur Wahl des Regierungschefs verabschiedet

Während Hongkong politische Tumulte um eine Änderung der Methoden zur Wahl des Regierungschefs und Bildung der Legislativversammlung (Legislative Council, LegCo) erlebte, wurde in Macau in aller Ruhe das Gesetz zur Wahl des Regierungschefs verabschiedet.

„Beijing vertraut Macau politisch viel mehr“, so Sonny S.H. Lo, ein Hongkonger Universitätsprofessor, der die politische Entwicklung in den beiden Sonderverwaltungsregionen studiert. Während Ende letzten Jahres bei den Pflichtbesuchen der beiden Regierungschefs in Beijing Präsident Hu Jintao Macaus Regierungschef Edmund Ho mit Lob überschüttete, forderte er dessen Hongkonger Amtskollegen Tung Chee-hwa auf, härter zu arbeiten. „Die Beijinger Führung hat Macau mehr Autonomie und Spielraum gegeben, seine eigene Wirtschaft und sein eigenes politisches System zu entwickeln.“

Am 6. April trat in der SVR Macau mit der Unterzeichnung durch Edmund Ho das Gesetz zur Wahl des Regierungschefs in Kraft, das vom LegCo am 1. April verabschiedet worden war. Die Versammlung hatte über jeden der 162 Artikel der Gesetzesvorlage abgestimmt. Die fünfjährige Amtszeit des jetzigen Regierungschefs läuft am 19. Dezember 2004 aus. Eine zweite Amtsperiode Edmund Hos gilt als

ausgemacht, obwohl er seine Kandidatur noch nicht offiziell bekannt gegeben hat.

Zur Vorgeschichte: Der Exekutivrat der SVRM beendete am 9. Februar den Diskussionsprozess über die Gesetzesvorlage und reichte sie an den LegCo zur Überprüfung weiter. Am 12. Februar begann der LegCo mit der öffentlichen Diskussion und ließ eines seiner drei Arbeitskomitees öffentliche Meinungen sammeln. Dieses 2. Arbeitskomitee (*Di'er changwu weiyuanhui*) erhielt insgesamt 39 Vorschläge. Dies gab ein Mitglied des LegCo am 22. März bekannt. Die Papiere wurden dem LegCo aus den verschiedensten Kreisen wie Industrie und Handel, Wohlfahrt und Arbeiterorganisationen sowie von Einzelpersonen direkt oder via Internet übermittelt. Einigkeit herrschte darin, es bei der bestehenden Methode der indirekten Wahl des Regierungschefs zu belassen. Unterschiedliche Auffassungen gab es indes hinsichtlich des Maximums von elf Stimmzetteln, das für eine wahlberechtigte Vereinigung reserviert werden kann, der Qualifikation für eine wahlberechtigte Organisation und des Sammelns von Geldern für die Regierungschef-Kandidaten. Die Arbeitervereinigung machte z.B. den Vorschlag, die Zahl ihrer Stimmzettel von elf auf 40 zu erhöhen, und begründete dies mit ihrer hohen Repräsentanz. Schließlich gehöre der Großteil von Macaus Arbeitskräftepotenzial zu den Arbeitnehmern. Es blieb jedoch beim Maximum von elf Stimmzetteln für eine wahlberechtigte Organisation. Aus Protest gegen diese Entscheidung lehnte Antonio Ng Kuok-cheong, Präsident der Union der demokratischen Entwicklung von Macau, einen Sitz im Wahlkomitee ab: „Ich kann dieses System nicht akzeptieren.“

Am 20. Februar wurde die Gesetzesvorlage dann generell gebilligt und an das Arbeitskomitee zum Studium übergeben. Das Komitee traf sich zehnmal zwischen dem 20. Februar und 25. März und tauschte in der Zeit mit Regierungsvertretern Meinungen aus. Es erstellte schließlich ein Papier mit eigenen Vorstellungen über die Gesetzesvorlage, die dann dem LegCo zur Einzelabstimmung vorgelegt wurde.

Macaus Regierungschef wird in Einklang mit Macaus *Basic Law* von einem Wahlkomitee (*Xingzheng zhangguan xuanju weiyuanhui*) gewählt und von der Zentralregierung in Beijing ernannt. Das Gesetz enthält detaillierte Bestimmungen über die Zusammensetzung des Wahlkomitees, die Wahl der Kandidaten für das Amt des Regierungschefs und den Zeitplan für die Wahl. Größte Veränderung beim neuen Gesetz ist die Vergrößerung des Wahlkomitees um 50% von 200 im Jahr 1999 auf jetzt 300 Mitglieder. Nur Bürger mit ständigem Wohnsitz in Macau über 21 Jahre, die sich als wahlberechtigte Wähler registrieren lassen, können zu Mitgliedern des Wahlkomitees gewählt werden. In Macaus Wahlkomitee repräsentiert ein Mitglied 1.495 Bewohner. Es ist damit wesentlich repräsentativer als das Hongkongs, bei dem ein Mitglied auf 8.513 Bewohner kommt.

Das Komitee repräsentiert die vier Hauptsektoren der Gesellschaft in Macau. Der größte Sektor mit 100 Mitgliedern ist der Industrie-, Handels- und Finanzsektor. Der zweite Sektor mit 80 Mitgliedern repräsentiert die vier Unterbereiche Kultur (18), Bildung (20), Fachleute (30) und Sport (12). Der dritte Sektor ebenfalls mit 80 Mitgliedern umfasst die drei Unterbereiche Arbeit (40), Sozialdienste (34) und sechs Vertreter der Hauptreligionen Macaus: Katholizismus (2), Buddhismus (2), Protestantismus (1) und Daoismus (1). Der vierte Sektor umfasst die 12 Delegierten der SVRM beim NVK, 16 Vertreter des LegCo und 12 Vertreter der 27 Mitglieder Macaus in der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKCV). Außer dem vierten Sektor und den Vertretern der religiösen Organisationen, die die Wahlmethode für ihre Vertreter nach eigenem Belieben festlegen können, basiert die Wahl der anderen Komiteemitglieder auf Macaus traditionellem System indirekter Wahlen, bei denen Vertreter besonders registrierter Gemeinde-, Arbeits- und Geschäftsvereinigungen involviert sind. In Macau gibt es etwa 2.000 solcher legalen Vereinigungen und Organisationen, davon 500 wahlberechtigte Gesellschaften.

Ein Kandidat für das Amt des Regierungschefs muss von mindestens 50 Mitgliedern des Wahlkomitees nomi-

niert werden. Er muss ein chinesischer Bürger mit ständigem Wohnsitz in Macau und über 40 Jahre alt sein. Als Kontrollorgan bei den Wahlen wird eine „Verwaltungskommission für die Wahl des Regierungschefs“ (*Xingzheng zhangguan xuanju guanli weiyuanhui*) eingesetzt.

Die Wahl der Mitglieder des Wahlkomitees ist auf den 27. Juni festgesetzt. Ende August wird die Wahl des nächsten Regierungschefs eingeleitet. Seine Wahl muss spätestens 60 Tage vor Ablauf der Amtszeit des amtierenden Regierungschefs am 19. Dezember erfolgen. (XNA, 22., 31.3., 1., 2., 6., 13.4.04; Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 1.4.04; *The Standard* web site, Hongkong, 10.4.04, nach BBC PF, 11.4.04; SCMP, 19.4.04; das Wahlgesetz [„Gesetz zur Wahl des Regierungschefs“, Gesetz Nr.3/2004] und die entsprechenden Dokumente und Papiere finden sich unter: www.al.gov.mo/lei/leis/2004/03-2004/cn.htm, Aufruf am 16.4.04) -ljk-

Taiwan

31 Diplomatische Beziehungen mit Dominica abgebrochen

Am 29. März (Ortszeit) verkündete der karibische Kleinstaat Dominica (70.000 Einwohner), dass er statt der „Republik China auf Taiwan“ nunmehr die Volksrepublik China anerkenne. Damit verliert Taiwan nach Mazedonien, Nauru und Liberia den vierten Verbündeten in vier Jahren. Die Beziehungen zwischen Taiwan und Dominica hatten seit 1983 bestanden.

Hintergrund des Schrittes ist ein Wechsel an der Regierungsspitze von Dominica. Nachdem Premierminister Roosevelt Skerritt dort am 8. Januar an die Macht gekommen war, hatte er von Taiwan eine Finanzhilfe in Höhe von 58 Mio. US\$ verlangt. Taiwan hatte dies als überzogen abgelehnt; Skerritt hatte daraufhin mehrfach gedroht, sich an China zu wenden. Da sich Taiwan nicht darauf einlassen wollte, derart gegen China ausgespielt zu werden, und darauf be-